



AKTIVISTIN

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO, FEBRUAR 2012



KAMBODSCHA
FRAUEN KÄMPFEN
FÜR IHR ZUHAUSE

SEITE **3**

6

SIMBABWE

NACH ZWANGSRÄUMUNGEN:
OHNE SCHULE KEINE
ZUKUNFT FÜR DIE KINDER

8

IRAN

FREIHEIT FÜR DIE
MENSCHENRECHTSANWÄLTIN
NASRIN SOTOUDEH

11

SYRIEN

FIRST LADY ASAMA AL-ASSAD
SCHWEIGT ZU MENSCHEN-
RECHTSVERLETZUNGEN

AMNESTY
INTERNATIONAL

NETZWERK FRAUENRECHTE



FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE, FREIHEIT UND SICHERHEIT

AMNESTY INTERNATIONAL



NETZWERK FRAUENRECHTE

<http://frauenrechte.amnesty.at>
frauenrechte@amnesty.at

Spendenkonto:

PSK, Bankleitzahl: 60.000

Konto: 1.030.000

Verwendungszweck:

NETZWERK FRAUENRECHTE



LIEBE FREUNDINNEN DES AMNESTY-NETZWERKS FRAUENRECHTE!

Seit etwa zwei Jahren legt Amnesty International mit der Kampagne „Demand Dignity - mit Menschenrechten gegen Armut“ einen Schwerpunkt auf Menschenrechtsverletzungen, die zur Armut führen. Wir fordern vermehrt das Recht auf ein Leben in Würde, auf Bildung und Gesundheit ein. Beispiele sind die Aktionen gegen Müttersterblichkeit, gegen Zwangsräumungen, gegen die Diskriminierung von Roma in Europa und die Forderungen nach der Verantwortung von Unternehmen.

Es ist nicht neu, dass Armut und Ausgrenzung Frauen anders und meist noch härter treffen als Männer.

In dieser Ausgabe der AKTIVISTIN nehmen die wirtschaftlichen und sozialen Rechte breiten Raum ein: In Kambodscha kämpfen Frauen gegen Zwangsvertreibungen, weil sie die Not nach der Zerstörung ihres Heims besonders trifft. In Simbabwe leiden Mädchen ganz besonders an den Folgen verwehrteter Bildung. In Nigeria bleiben Frauen von den Verhandlungen mit den Ölmultis

über Entschädigungen ausgeschlossen. Zum Internationalen Frauentag legt Amnesty heuer einen Focus auf die mutigen Kämpferinnen des Arabischen Frühlings. Um den 8. März wird es zahlreiche Aktionen geben, um unsere Unterstützung der Aktivistinnen in Ägypten, im Jemen und in Saudi Arabien zu bekunden. Appelle an die syrische First Lady und für die Freilassung der iranischen Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh finden Sie in diesem Heft. Bitte besuchen Sie besonders um den Frauentag auch unsere Website, um an den Aktionen teilzunehmen.

Unten finden Sie wieder einige Erfolge der letzten Monate. Diese Meldungen bestärken uns immer wieder, unseren manchmal mühsamen Einsatz für die Frauenrechte unverdrossen fortzusetzen, wie Sie aus dem Tätigkeitsbericht für 2011 entnehmen können.

Bitte tun Sie es auch und schicken Sie unsere Appellbriefe ab. Danke!

Ihr Netzwerk Frauenrechte



FAX JAM FÜR NORMA CRUZ/GUATEMALA. Dank weltweiter Faxe von Amnesty hat die Regierungskommission für die Menschenrechte in Guatemala Norma Cruz kontaktiert und sich nach ihrer Sicherheit erkundigt. Norma Cruz (Menschenrechtsverteidigerin aus Guatemala) hat 47 Todesdrohungen per SMS erhalten. Die Gründerin der Organisation Fundación Sobrevivientes (Stiftung Überlebende) wird seit 2008 bedroht, weil sie sich für Frauen und Mädchen einsetzt, die von sexueller Gewalt betroffen sind sowie für die Aufklärung von Morden an Frauen. Die Menschenrechtsverteidigerin und ihre Familie sind dadurch selbst Ziel von Morddrohungen geworden. Amnesty International übte mit einer intensiven Fax-Aktion Druck auf die guatemaltekischen Behörden aus, die Sicherheit der Frauenrechtsaktivistin zu garantieren.



MEXIKO: GERECHTIGKEIT FÜR VALENTINA ROSENDO CANTÚ. „Der mexikanische Staat erkennt die internationale Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen im Fall Valentina Rosendo Cantú an.“ So lautete ein Teil der Entschuldigung, die der mexikanische Innenminister, Alejandro Poiré am 15. Dezember 2011 während eines öffentlichen Aktes für Valentina Rosendo Cantú verlas. Seit über neun Jahren fordern zwei indigene Mexikanerinnen von der Armee und den Behörden Gerechtigkeit für die Vergewaltigung durch Soldaten, die sie im Jahr 2002 erlitten hatten. Trotz einer bereits lange laufenden Untersuchung und mehrerer Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte zugunsten von Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú befinden sich die Täter immer noch auf freiem Fuß. Die Ermittlungen in den beiden Fällen wurden im August 2011 endlich an Zivilgerichte übergeben.



KUBA: FREI GELASSEN. Am 20. Januar 2012 wurden die Menschenrechtsverteidigerin Ivonne Malleza Galano und ihr Ehemann Ignacio Martínez Montejo aus der Haft entlassen. Auch Isabel Haydee Álvarez, die gegen die Festnahme des Ehepaars protestiert hatte, wurde freigelassen. Ivonne Malleza Galano ist Mitglied der Unterstützerinnen (Damas de Apoyo) der Damen in Weiß (Damas de Blanco). Die Damas de Blanco sind eine Gruppe von Angehörigen ehemaliger gewaltloser politischer Gefangener und aktuell inhaftierter politischer Gefangener. Die Frauen organisieren friedliche Protestmärsche und fordern die Freilassung derer, die sich noch in Haft befinden.

Vielen Dank an alle, die sich mit uns für diese Frauen eingesetzt haben!

KAMBODSCHA

FRAUEN KÄMPFEN UM IHR ZUHAUSE

FRAUEN KÄMPFEN AN VORDERSTER FRONT IM WIDERSTAND GEGEN ZWANGSRÄUMUNGEN, GEGEN DIE ZERSTÖRUNG VON HÄUSERN UND DAS NIEDERWALZEN VON WÄLDERN. SIE TRIFFT ES AM HÄRTESTEN, WENN IHRE ANSTRENGUNGEN SCHEITERN.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich Kambodscha von bewaffneten Konflikten, wirtschaftlichem Zusammenbruch und Isolation befreit. Frauen haben dadurch mehr Möglichkeiten aber auch größere Herausforderungen zu meistern. Während sie das Rückgrat der Familie sind und sich um den Haushalt kümmern, gehören Frauen gleichzeitig zu den erfolgreichsten UnternehmerInnen, ExpertInnen, PolitikerInnen, AktivistInnen, KünstlerInnen und GemeindevorsteherInnen des Landes. Doch viele Frauen können von diesen Chancen nicht profitieren. Rechtswidrige Zwangsräumungen hindern sie daran, der Armut zu entkommen. Zehntausende sind davon betroffen. Entwicklungsprojekte und Landstreitigkeiten sind oftmals der Auslöser, wobei das Wohlergehen der betroffenen Gemeinden den Forderungen der großen Unternehmen untergeordnet wird.

Viele hart erkämpfte Erfolge bei der Armutsbekämpfung der letzten zwei Jahrzehnte werden dadurch zunichte gemacht.

RECHTSWIDRIGE ZWANGSRÄUMUNGEN führen häufig zu einem Verlust der Lebensgrundlage der Familie und einem Zusammenbruch des sozialen Netzwerks, auf das vor allem Frauen in ihrem Alltag angewiesen sind. Oft müssen die Kinder den Schulbesuch unterbrechen, der Zugang zum Gesundheitssystem wird erschwert und das physische und mentale Wohlbefinden der Familie wird beeinträchtigt. Viele Opfer werden weit entfernt von den urbanen Zentren angesiedelt. Dadurch sind die Männer gezwungen, getrennt von ihren Familien zu leben. Die Frauen müssen sich alleine um den Alltag und die Familie kümmern. Beide Frauen, deren Geschichten hier erzählt werden, sind Opfer von rechtswidrigen Zwangsräumungen.

HOY MAI. Im Jahre 2008 vergab das Landwirtschaftsministerium drei Konzessionen an private Unternehmen in der Provinz Odday Meanchey - alle mit dem Zweck, Zuckerplanta-

gen anzulegen und Verarbeitungsfabriken zu bauen. In dieser Provinz liegt auch Bos, das Heimatdorf von Hoy Mai.

Unternehmen wie Behörden versäumten es, die betroffenen Familien ausreichend über diese Pläne oder gar über ihre Rechte an ihrem Wohn- und Ackerland zu informieren. Zwar wurden ihnen andere Grundstücke angeboten, jedoch deutlich kleinere als ihr ursprünglicher Besitz. Trotz Einschüchterungen und Drucks seitens der Behörden lehnten die meisten die Angebote ab.

Mitarbeiter einer Firma begannen wenig spä-



MAI UND IHR SOHN ANN SAMNANG IM DORF TAMAN, ODDAY MEANCHEY, KAMBODSCHA

FOTOS, WENN NICHT BEZEICHNET
© AMNESTY INTERNATIONAL

ter, erste Häuser in Bos zu zerstören, die Reisfelder zu roden und Zuckerrohr darauf zu pflanzen.

Proteste der AnwohnerInnen ignorierten sie. Viele der Familien gerieten dadurch in schlimme Notlagen, einige wurden obdachlos. Mai und ihrer Dorfgemeinschaft fehlten Nahrungsmittelvorräte für das folgende Jahr.

Am 9. Oktober 2009 wurden die Reste von Mais Dorf Bos durch Angehörige der Polizei und der Forstverwaltung niedergebrannt. Mai dazu: „Mein Haus, mein Besitz, Ausweise, Kleider, Fotos – alles ging in Flammen auf. Nichts blieb übrig“. Die Polizei richtete ihre

**HELFFEN SIE MIT!
BITTE SCHICKEN SIE DEN
APPELLBRIEF AN DIE
FRAUENMINISTERIN VON
KAMBODSCHA AB.**

KAMBODSCHA. FRAUEN KÄMPFEN UM IHR ZUHAUSE

Waffen auf alle, die es wagten, ihren Besitz zu verteidigen.

Mai machte sich zusammen mit einigen Männern auf die beschwerliche Reise zu Fuß, mehr als 250 km zur Hauptstadt Kambodschas Phnom Penh, um Premierminister Hun Sen um Hilfe zu ersuchen. Sie wurden jedoch festgenommen und beschuldigt, das Forstrecht verletzt zu haben und ins Gefängnis geworfen. Mai war damals im fünften Monat schwanger. Trotz katastrophaler Bedingungen im Gefängnis und Mais angeschlagener Gesundheit entwickelte sich die Schwangerschaft bis zum Ende.

„Es war sehr schwierig“, sagt Mai, „ich war krank und blutete und ich hatte so viele Schmerzen. Niemand kümmerte sich um mich.“ Mai berichtet, ihr Zustand während der Wehen sei dann so schlecht gewesen, dass sie in ein Kranken-

haus eingeliefert wurde. Wenige Stunden nach der Geburt ihres Jungen brachte man Mai zurück ins Gefängnis.

Erst acht Monate nach ihrer Verhaftung wurde Mai einem Richter vorgeführt. Anstatt sie illegaler Abholzung anzuklagen – der „Grund“ für ihre Verhaftung – sagte das Gericht, sie werde freikommen bei Unterzeichnung einer Vereinbarung, in der sie auf alle Ansprüche im Dorf Bos verzichten und anderes Land als Ersatz akzeptieren würde. Mai unterschrieb und reiste zurück. Das versprochene Grundstück erhielt sie nie. Sie musste im Haus ihrer ältesten Tochter mit unterkommen. Sie versucht, für ihre Familie täglich zwei kleine Mahlzeiten zu bereiten - aus Reis, gespendet von einer NGO, und aus dem, was sie sonst von Tag zu Tag finden kann.

Mai, jetzt 48, hat acht Kinder im Alter von 28 bis knapp über ein Jahr. Sie erklärt, nie so viele Kinder gewollt, aber auch nie etwas über Geburtenkontrolle gelernt zu haben. Jedoch gab

es vor der Räumung „immer genug zu essen, auch für die große Familie... es gab keinen Hunger“, sagt sie. „Wir konnten Fisch und Fleisch finden, sowie Pilze sammeln und sie verkaufen oder essen“.

Heute ist von Mais Dorf nichts mehr zu sehen. Bewaffnete Arbeiter bewachen eine Zuckerrohrplantage, die von leeren Feldern umgeben ist. Die einst üppigen Wälder der Region wurden im letzten Jahrzehnt stark abgeholzt, trotz eines seit 2002 geltenden landesweiten Verbotes.

Mai ist mittellos, sie fühlt sich völlig im Stich gelassen und macht die lokalen Behörden für ihre Situation verantwortlich. „Warum lassen diejenigen, die sich täglich um die Menschen kümmern sollten, zu, dass sie [die Unternehmen] den Menschen das Land wegnehmen?“ „Ich weiß nicht, welche Hoffnung mir noch bleibt“, sagt sie. „Es ist alles weg.“

Hoy Mai sprach mit Amnesty International am 17. März 2011.



FRAUEN PROTESTIEREN IN DER HAUPTSTADT PHNOM PENH GEGEN ZWANGSRÄUMUNGEN, 25. MAI 2011.

TEP VANNY. 2007 wurde der Firma Shukaku Inc. ein Pachtvertrag von 99 Jahren über das Gebiet am Boeung Kak See in Phnom Penh bewilligt, um dort zu bauen. Den dort lebenden mittelständischen und armen Familien wurde mit Zwangsräumung gedroht. Viele von ihnen haben nach kambodschanischem Gesetz Anspruch auf formellen urkundlichen Landbesitz. Als Entschädigung hatten sie 8500 US\$ oder eine Wohnung 20 km entfernt zur Auswahl, beides inakzeptable Angebote. Vielen Familien, die sich für das Geld entschieden haben, ging dieses aus, noch ehe sie eine andere Wohnung gefunden hatten oder sie fanden nur eine in einem Gebiet, das ebenfalls von Zwangsräumung bedroht ist. Eine Wohnung außerhalb der Stadt macht es den Menschen fast unmöglich, zu ihrer Arbeit im Zentrum zu gelangen oder eine angemessene Anbindung an Krankenhäuser, Schulen und Strom- und Wasserversorgung zu bekommen.

Das Haus von Vannys Familie befindet sich in diesem von rechtswidriger Zwangsräumung bedrohten Gebiet. Vanny und ihr Mann wohnen dort mit ihren beiden Kindern. Diese mussten sie zu den Großeltern geben, als die

permanente Bedrohung ihr Leben immer mehr destabilisierte. Früher betrieb Vanny ein kleines Geschäft zum Verkauf von Haushaltswaren und Kosmetik, um den geringen Lohn ihres Mannes aufzubessern. Das musste sie aufgeben, als immer mehr BewohnerInnen wegzogen. Seit 2007 ist das Leben für Vanny und die BewohnerInnen erheblich schwieriger geworden.

Organisierter Widerstand gegen die Zwangsräumung begann im September 2008. VertreterInnen der BewohnerInnen von Boeung Kak, unterstützt von NGOs und einem kambodschanischen Anwalt, reichten beim Stadtgericht Phnom Penh einen Antrag auf einstweilige Verfügung ein, um die Befüllung des Sees mit Sand zu stoppen, bis die Rechtmäßigkeit des Pachtvertrages geprüft sei. Der Boeung Kak See war ein wichtiges Wassereinzugsgebiet für die Stadt, und die Umwandlung in festen Boden hat in diesem Gebiet Überschwemmungen während der Monsunzeit, verbunden mit katastrophalen und unhygienischen Lebensbedingungen verursacht. Der Antrag wurde jedoch mit der Begründung abgewiesen, das Gericht sei nicht zuständig.

Vanny selbst schloss sich 2009 dem Widerstand an und hat die volle Unterstützung ihres Mannes und ihrer Kinder. Heute gehört sie zu den GemeindevertreterInnen, die sich am direktesten äußern. Die Menschen rund um den See verlassen sich auf sie und ihren Beistand und Rat. Sie mobilisiert die verbliebenen BewohnerInnen um den See, sich den Protesten vor dem Rathaus und dem Firmenbüro anzuschließen. Durch die Unterstützung von NGOs habe sie viel über ihre Rechte und das Gesetz gelernt, sagt sie. Das habe sie und die Gemeinde mutiger gemacht.

„Ich mache damit weiter, die Gemeinde zu mobilisieren, um die Einstellung der Menschen zu stärken, sodass die Gemeinde (...) standhaft und unabhängig bleibt und die Regierung davon überzeugen kann, (...) ihre Pflicht zu erfüllen und den unschuldigen Menschen zu dienen, die die wirklichen Opfer sind, so wie die Bewohner am Boeung Kak See.“

Es sind vor allem Frauen wie Vanny, die den Widerstand organisieren, und nicht ihre Män-



ner. Die Frauen versuchen, Gewalt zu vermeiden, so Vanny, jedoch gehen die PolizistInnen trotzdem mit aller Härte gegen ihren friedlichen Protest vor. Zweimal schon wurde Vanny verhaftet und über Nacht festgehalten, mehrere Male schon geschlagen.

Ein erster Erfolg wurde jedoch schon errungen: Am 11. August 2011 ordnete der Premierminister an, dass 12,44 Hektar des Boeung Kak Gebiets an die verbleibenden 800 Familien gegeben werden sollen. Dieser Plan wird aber nicht allen nützen, da die Details noch ausgearbeitet werden müssen und manche Familien dabei ausgeschlossen wurden. So ist Vanny mit dem Teilerfolg nicht zufrieden: „Ich bin immer noch besorgt darüber, wie das Stück Land und unsere Leute geschützt werden sollen, damit sichergestellt wird, dass alle, die zusammen gekämpft haben, Nutzen von den 12,44 Hektar haben.“

Und Vanny wird nicht aufgeben: „Ich werde dafür kämpfen, in meinem alten Zuhause zu bleiben, kämpfen bis zur letzten Runde.“

Tep Vanny sprach mit Amnesty International am 16./17. Februar und am 6. September 2011.

TEP VANNY AM BOEUNG KAK SEE, PHNOM PENH, 5. APRIL 2011

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Rechtswidrige Zwangsräumungen verletzen das Recht auf angemessenes Wohnen und sind durch mehrere internationale Menschenrechtsabkommen verboten. Kambodscha hat diese Abkommen unterzeichnet und ist verpflichtet, Wohnrechte zu respektieren, zu schützen und zu garantieren. Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, haben das systematische Versagen der kambodschanischen Behörden angeprangert, die Bevölkerung vor rechtswidrigen Zwangsräumungen zu schützen. Kambodschanische Eliten und ausländische Investoren versuchen aus dem neuen privatisierten Landsektor Kapital zu schlagen. Die Behörden unterstützen oftmals illegale Zwangsräumungen oder versäumen es zu reagieren, wenn Gesetze gebrochen werden. Die Täter werden nur selten zur Rechenschaft gezogen.

SIMBABWE

OHNE SCHULE KEINE ZUKUNFT

NACH DEN MASSENZWANGSRÄUMUNGEN 2005 KÖNNEN ETWA 222.000 KINDER UND JUGENDLICHE ZWISCHEN FÜNF UND 18 JAHREN KEINE SCHULE MEHR BESUCHEN. DEN KINDERN WIRD DIE ZUKUNFT VERBAUT.

**HELFFEN SIE MIT!
SCHICKEN SIE DEN APPELLBRIEF
AN DEN SOZIALMINISTER
SIMBABWES AB.**

Im Jahr 2005 hatte die Regierung Simbabwes ein Programm von Massenzwangsräumungen gestartet, das mehr als 700 000 Menschen in unbeschreibliches Elend stürzte.

Dieses „Säuberungsprogramm“ wurde zynisch Operation Murambatsvina („Weg mit dem Müll“) genannt. Viele Armensiedlungen rund um die Städte wurden dem Erdboden gleich gemacht. Im Rahmen der Operation Garikai/Hlalani Kuhle („Für ein besseres Leben“) wurden einige wenige Ersatzsiedlungen initiiert. Die meisten Menschen müssen dort nach

Strohdächern oder Planen statt.

Viele Familien haben kaum ein Einkommen und können die Schulgebühren und Uniformen für den Besuch einer staatlichen Schule in Nachbarsiedlungen nicht bezahlen. 13-jährige Kinder arbeiten in benachbarten Farmen oder als Bauarbeiter, um das Überleben zu sichern.

MÄDCHEN UND JUNGE FRAUEN sehen sich gezwungen zu heiraten, um versorgt zu sein oder müssen Geld durch Prostitution verdienen. Sie alle haben durch Operation Murambatsvina ihre Schulausbildung abbrechen müssen.

In den staatlichen Schulen werden Kinder aus den Garikai-Siedlungen häufig als „schmutzig und blöd“ diffamiert, weil sie unter Plastikplanen leben und einen weiten Schulweg über schlammige Wege zurücklegen müssen. Das Scheitern der Regierung, den Kindern und Jugendlichen, die von der Operation Murambatsvina direkt betroffen waren, eine Bildung zu gewährleisten, stellt einen Rückschritt in der Bildungslandschaft des Staates dar und verletzt das Recht auf Bildung.

LANGFRISTIGE STRUKTURFEHLER. Abgesehen von diesen Massenvertreibungen, die den Menschen nicht nur ihrer Möglichkeit auf Schulbildung, sondern ihrer gesamten Lebensgrundlage beraubt hat, erfüllt Zimbabwe in keiner Weise die festgesetzten Standards. Im Großteil aller Grundschuleinrichtungen sind Schulgebühren zu bezahlen, was den internationalen Abkommen klar widerspricht. Darüber hinaus leben viele EinwohnerInnen von Einnahmen aus dem informellen Sektor, der durch die Massenvertreibungen nun eliminiert wurde und Arme noch weiter in die Armut treibt.

In einem Land, in dem offiziell 80 Prozent der Erwerbsfähigen arbeitslos sind und für die der informelle Sektor die einzige Einkommensquelle darstellt, erhöht sich nun drastisch die Zahl jener, die auf Hilfslieferungen angewiesen sind. Ernährung und Gesundheit, insbesondere HIV/AIDS, sind die einzigen Sektoren, die nun



UNTERRICHT IN EINER NICHT-REGISTRIERTEN SCHULE IN HOPLEY

mehr als sechs Jahren noch immer unter Plastikverschlängen hausen. Mit den Häusern und Hütten waren auch Arbeitsstätten und Schulen zerstört worden. Etwa 222.000 Kinder und Jugendlichen zwischen fünf und 18 Jahren konnten keine Schule mehr besuchen.

In den Garikai-Siedlungen wie Hopley und Hatcliffe Extension gibt es keine staatlichen Schulen. In Eigeninitiative haben die BewohnerInnen nicht-registrierte Schulen organisiert, die aber äußerst mangelhaft sind. Es gibt keine Unterrichtsmaterialien, keine ausgebildeten LehrerInnen und der Unterricht findet unter

Priorität haben, für Schulbildung bleiben kaum Ressourcen.

Selbst wenn Eltern es zustande bringen, das Schulgeld zur Gänze zu bezahlen (25 bis 55 USD für drei Monate) – Ratenzahlungen sind meist nicht gestattet – so werden viele Kinder trotzdem vom Unterricht ausgeschlossen, da sie keine passende, natürlich selbst zu bezahlende Schuluniform tragen.

Selbst staatlich eingerichtete Fonds verfehlen ihre Zielgruppe, da nur Kinder Unterstützung bekommen, die eine Geburtsurkunde nachweisen können, was in Anbetracht der Zerstörungen und gewaltsamen Vertreibungen eine Farce darstellt. Außerdem können an den Programmen nur Kinder teilnehmen, die eine staatlich anerkannte Schule besuchen, alle SchülerInnen der informellen Schulen bleiben ausgeschlossen.

KINDERARBEIT. Dazu kommt, dass viele Kinder schlichtweg ihren Teil zum kärglichen Haushaltsbudget beitragen müssen, sei es auf Farmen, wo sie mit Mais und Kartoffeln entlohnt werden, oder auf Baustellen, auf denen 13-Jährige schuften, um zerstörte Siedlungen wieder zu errichten. Besonders betroffen sind Kinder, die mit den Großeltern aufwachsen und jene, die in einem Haushalt mit ausschließlich Kindern (!) leben, der von den ältesten Geschwistern geführt wird.

Die Qualität der gebotenen Schulbildung ist in den meisten Fällen weit unter dem Mindeststandard. Meist stehen weder ausgebildete LehrerInnen noch Material und Bücher zur Verfügung, selbst Möbel und Gebäude sind oft nur unzureichend vorhanden. Lernfortschritte sind kaum zu bemerken, es handelt sich eher um eine Maßnahme zur Verkürzung der Tagesfreizeit der Kinder. Viele der Kinder besuchen eine informelle Schule, die zwar weitaus billiger ist, aber deren Standard noch schlechter ist als der der staatlichen. Die staatlichen Examen, die für den Aufstieg in eine höhere Schulstufe notwendig sind, sind oft nicht zu schaffen. Darüber hinaus laufen die informellen Schulen Gefahr, bei jeder Gelegenheit sogar mit polizeilicher Unterstützung geschlossen zu werden. Besonders Mädchen und junge Frauen sind

von dem Bildungsmangel mehrfach betroffen. Ohne Schulbildung ist ein Zugang zum (informellen) Arbeitsmarkt ob der Konkurrenz umso schwieriger, viele retten sich daher sehr früh in die Ehe mit oft älteren Männern, um der Sexarbeit, die oft als einzige Alternative bleibt, zu entgehen.

POLITISCHE POLARISIERUNG ALS BARRIERE. Engagement und Unterstützungen jedweder Art verlaufen in Zimbabwe entlang der Parteilinien, was nicht nur die Chancengleichheit ins Wanken bringt, sondern für die BürgerInnen Gewalt, Drohungen und persönliche Verfolgung bedeutet. Die Ministerien für Bildung und Kultur sowie für Soziales und Wohnen sind von Tsvangirais MDC-Partei besetzt, Bezirksadministrationen sowie ländliche und städtische Entwicklung werden von Mugabes ZANU-PF besetzt, was einer permanenten gegenseitigen Blockade gleichkommt.

AMNESTY INTERNATIONAL EMPFIEHLT der Regierung von Zimbabwe, insbesondere dem Ministerium für Bildung, Sport, Kunst und Kultur, sowie internationalen PartnerInnen unter anderem folgende Punkte umzusetzen:

- Unverzögliche und unabhängige Aufarbeitung der Operation Murambatsvina und ähnlicher Vertreibungen
- Unverzögliche Implementierung einer nationalen Bildungsstrategie, die die in den unterzeichneten Verträgen festgehaltenen Standards realisieren
- Zugang zu Bildungsfonds unabhängig von Geburtsurkunde oder dergleichen
- Abbau von Barrieren jeglicher Art, um den Zugang zu staatlichen Examen für alle zu gewährleisten
- Installierung eines Monitoringsystems zur Kontrolle des Ausbildungsniveaus
- Abbau von Zugangsbarrieren insbesondere für Mädchen und andere benachteiligte Gruppen
- Sicherstellung der allgemeinen Lebensgrundlage (Wohnen, Arbeit, Nahrung) insbesondere für die von Vertreibung Betroffenen, um einen weiteren Zugang zu Bildung zu gewährleisten.

„Ich habe mich entschieden zu heiraten, damit ich jemanden habe, der mich versorgt. Ich konnte keinen Job finden. Ich wollte keine Sexarbeiterin werden, wie die meisten der Mädchen, die die Schule abgebrochen haben.“

Irene aus Hopley, 21 Jahre alt (Sie heiratete 2007, als sie 17 Jahre alt war.)

Den Bericht von Amnesty International „ZIMBABWE: Left behind: The Impact of Zimbabwe's mass forced evictions on the right to education“ finden Sie auf www.amnesty.org/library

IRAN

FREIHEIT FÜR NASRIN SOTOUDEH**DIE MENSCHENRECHTSANWÄLTIN IST ZU SECHS JAHREN HAFT VERURTEILT - NACH EINEM UNFAIREN VERFAHREN UND VAGEN ANKLAGEN.**

**HELFFEN SIE MIT!
BITTE SCHICKEN SIE DEN
APPELLBRIEF AN DEN
OBERSTEN RICHTER
DES IRAN AB.**

Am 14. Februar 2011 gingen im Iran tausende Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit den Protestbewegungen in Ägypten und Tunesien zu bekunden. Sie folgten dabei dem Aufruf der Oppositionsführer Mir Hossein Mousavi und Mehdi Karroubi, die sich seit geraumer Zeit unter Hausarrest befinden. Menschen protestierten in den Straßen Teherans trotz angedrohter Verfolgungen, präventiver Verhaftungen und einem rasanten Ansteigen von Exekutionen seitens des Regimes, um die DemonstrantInnen abzuschrecken. Mindestens drei Personen wurden an jenem 14. Februar und an den Folgetagen von den Sicherheitskräften getötet. Iranische Frauenrechtsaktivistinnen müssen einen hohen Preis für ihr mutiges Engagement bezahlen: Die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wurde wegen „Propaganda gegen das System“ und „Handeln gegen die nationale Sicherheit“ schuldig gesprochen und muss nun eine sechsjährige Haftstrafe absitzen. Auch die Mitgliedschaft im Centre for Human Rights Defenders (CHRD), das von der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi gegründet worden war, wurde ihr zur Last gelegt. Nasrin Sotoudeh wies alle Anschuldigungen zurück,



© Payvand.com

auch die Mitgliedschaft im CHRD. Vor ihrer Verhaftung am 4. September 2010 warnte man sie, Shirin Ebadi vor Gericht zu vertreten. Das Strafausmaß wurde nach der Berufung von elf auf sechs Jahre herabgesetzt. Sie wurde nicht nur monatelang im berüchtigten Teheraner Evin Gefängnis festgehalten, sondern muss auch noch mit einem zehnjährigen Berufsverbot leben. Im November 2010 verlangte die UN Hochkommissarin für Menschenrechte eine Prüfung des Falls und forderte die iranischen Behörden auf, Nasrin Sotoudeh Entlassung zu beschleunigen. Ihre Verurteilung soll MenschenrechtsaktivistInnen und AnwältInnen weiter zermürben. Verfahren wie diese werden überaus unfair geführt, da Beschuldigte oft keinen Zugang zu ihren AnwältInnen bekommen, die Urteile auf vage formulierten Anklagen beruhen und die Richter nicht unabhängig sind. Frauenrechtsaktivistinnen haben im Iran viele Formen von Diskriminierung zu überwinden, um am sozialen Wandel aktiv zu partizipieren. Dabei laufen sie stets Gefahr, mit der Religion, der Ehre und Kultur in Konflikt zu geraten und stigmatisiert zu werden. Infolgedessen müssen sie sich mit zahlreichen Unterdrückungsversuchen, die sie zum Schweigen bringen wollen, auseinandersetzen: Sie riskieren Verfolgung und willkürliche Verhaftungen für ihren Einsatz. Oft werden sie lange ohne Anklage festgehalten, häufig in Einzelhaft. Eine Freilassung gegen Kautions wird ihnen verweigert oder erschwert, weil sie und ihre Familien die hohen Summen kaum aufbringen können.

FRAUEN KÄMPFEN FÜR POLITISCHEN WANDEL

2011 war das Jahr, in dem in Nordafrika und im Nahen Osten Millionen Menschen aller Altersgruppen und Gesellschaftsschichten, insbesondere Junge und Frauen, die Straßen mit der Forderung nach Wandel überschwemmt haben. Oft unter gefährlichen Bedingungen und mit dem Risiko, von staatlicher Seite verfolgt, verhaftet und getötet zu werden.

2012 fordern Frauen weiterhin ihr Recht auf ihren Platz in der Gesellschaft und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ein. Frauen und Männern müssen die gleichen Rechte zugestanden werden: für das Recht auf politische Partizipation und Entscheidungsfindung, Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf Heirat, Scheidung, Kinderobsohrge und Erbe und den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, besonders häuslicher Gewalt, sexueller Belästigung und ehelicher Vergewaltigung, muss weiter gekämpft werden.

Am diesjährigen Internationalen Frauentag

- zeigt Amnesty International daher Solidarität mit den Menschenrechtsaktivistinnen in Syrien, Saudi Arabien, Iran und Jemen
- setzt Amnesty International weltweit Aktionen, die die Regierungen auffordern, die Diskriminierung zu beenden und Gewissensgefangene frei zu lassen
- will Amnesty International die Wichtigkeit der Rolle der Frauen im politischen Wandel im Nahen Osten und Nordafrika hervorheben

IRAN

LEBENDIG BEGRABEN

SEIT EINEM JAHR IM HAUSARREST, ISOLIERT VON DER WELT: MIR HOSSEIN MOUSAVI, MEHDI KARROUBI, ZAHRA RAHNAVARD.
VON JALEH LACKNER-GOHARI

Am 14. Februar war es genau ein Jahr, dass diese prominenten Persönlichkeiten der Islamischen Republik Iran (IRI) unter Hausarrest gestellt wurden: Mir Hossein Mousavi, iranischer Premier während der acht Jahre des Irak-Iran Krieges und seine Gattin Zahra Rahnavard und Mehdi Karrubi, ebenfalls acht Jahre im Dienste der IRI, in einem der höchsten politischen Ämter des Landes als Parlamentspräsident während zweier Legislaturperioden. Ihnen werden keine der international gültigen Gefangenengrundrechte gewährt: Besuchsrecht, selbst der eigenen Kinder und Angehörigen, Zugriff auf ein Telefon oder sonstige Kommunikationsmöglichkeiten, ohne Verbindung zur Außenwelt.. In gewissem Sinne sind diese Gefangenen einem allmählichen Verfall überlassen. Manche nennen das: lebendig begraben sein.

LEITFIGUREN. Ohne eigenes Zutun wurden Mir Hossein Mousavi und Mehdi Karrubi, nachdem sie vom Wächterrat für die Wahlen zugelassen waren, durch die Dynamik und Entwicklungen des berüchtigten Wahlprozesses 2009 zu Führungsfiguren der gewaltfreien Grünen Bewegung. Diese hatte sich aus einer Vielfalt der Bevölkerungsschichten im Iran zusammengesetzt. Das Schicksal dieser Persönlichkeiten ist mit jenem der Demokratiebewegung im Iran verwoben. Nach einem Aufruf zur Solidarität mit den muslimischen Bevölkerungen in den arabischen Ländern wurden sie unter Hausarrest gestellt.

Die Art und Weise, wie die zwei Politiker gefangen genommen wurden, findet in den Landesgesetzen der IRI keine rechtliche Basis. Reine Willkür muss hier die treibende Kraft sein. Laut politik-unabhängigen prominenten Klerikern ist die Vorgehensweise auch im Widerspruch mit Bestimmungen und Vorgaben der Religion, auch der Scharia. Offiziell wurde nie eine Klage erhoben. Trotzdem wird die kleine Gruppe getrennt von anderen politischen Gefangenen in völliger Isolation im Hausarrest festgehalten. Sie werden allmäh-

lich physisch, psychisch und emotional ausgehungert. Offizielle Stellungnahmen und Erklärungen dazu gibt es kaum. Am liebsten wird die Situation in der iranischen Öffentlichkeit nicht angesprochen, sondern verdrängt. Wenn es aber einmal beharrliche Anfragen gibt, besagt die offizielle Version, dass Karrubi und Mousavi keine Gefangenen seien, sondern auf eigenen Wunsch und zur eigenen Sicherheit unter Beobachtung gestellt seien. Nur so könne man für sie, Kopffiguren des Staatsstreiches, der Fetneh - wie die Demokratiebewegung offiziell abwertend genannt wird [fetneh = übles Komplott] - sorgen und ihr Leben garantieren.

FAMILIEN LEIDEN MIT. Zahra Rahnavard, Mousavi's Ehefrau, Professorin der Universität Teheran und eine bedeutende Künstlerin, ist in den letzten Monaten auffallend abgemagert. Das haben ihre Töchter bei den gelegentlichen Besuchen feststellen können. Den Kindern wurde immer wieder aus ungenannten Quellen mitgeteilt, dass ihre Eltern an ernsten Krankheiten leiden und eine Chemotherapie erhalten. Vor Kurzem war es Fatemeh Karrubi (ehemalige Präsidentin der Iranischen Roten Halbmondorganisation, die sich in den Kriegsjahren sehr verdient gemacht hatte) gelungen, die Haftgemeinschaft zu verlassen, um sich einer komplizierten Behandlung zu unterziehen. Bei dem letzten Besuch vor etwas mehr als einem Monat hat Karrubi sie beauftragt, seine Botschaft zur Einschätzung der bevorstehenden Wahlen hinauszutragen. Unter anderem sagte er: „Die Wahlen werden eine Farce sein. Die „Herren“ [= die Machthaber] glauben gar nicht, dass das Volk einen Willen habe.“



MEHDI KARROUBI, MIR HOSSEIN MOUSAVI MIT IHREN FRAUEN ZAHRA RAHNAVARD UND FATEMEH KARROUBI

Dr.ⁱⁿ Jaleh Lackner-Gohari, aus dem Iran stammende Ärztin, war für die UNO medizinische Koordinatorin in Bosnien, setzt sich in der Flüchtlingshilfe und für die Menschenrechte im Iran ein

NIGERIA

DIE VERGESSENE ÖLPEST

DAS NIGERDELTA, EINST EIN NATURRESERVAT, IST HEUTE EIN UMWELTDESASTER. SHELL MUSS EINE MILLIARDE DOLLAR ZUR REINIGUNG ZAHLEN, FORDERT AMNESTY INTERNATIONAL

Das Nigerdelta, einstiges Naturreservat in Nigeria auf einer Fläche größer als Österreich, ist heute eine Umweltruine. Dies ist das Ergebnis der Erdölförderung durch multinationale Unternehmen seit den 50-er Jahren - ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung und die Umwelt.

Amnesty International fordert eine umfassende Reinigung des verschmutzten Gebietes und eine strenge Regulierung der Ölindustrie.

Einer der Hauptakteure im Nigerdelta ist der Ölkonzern Shell. Amnesty

International fordert in einer aktuellen Kampagne Shell auf, eine erste Zahlung von einer Milliarde US-Dollar zu leisten, damit die Säuberung der durch Öllecks verschmutzten Umwelt im Nigerdelta beginnen kann.

Die Erdölvorkommen im Nigerdelta (Nigeria) werden seit über fünfzig Jahren von multinationalen Unternehmen unter Beteiligung des Staates brutal ausgebeu-

tet. Der Lebensraum von über 30 Millionen Menschen wurde systematisch zerstört. Durch die Erdölförderung wurde eine intakte Umwelt vernichtet: Hunderte neue Öllecks pro Jahr, Mülllager und Gasflammen prägen das Nigerdelta, in dem 60 Prozent der Bevölkerung von Landwirtschaft und Fischerei leben.

Die Verschmutzung durch die Erdölindustrie nimmt den Menschen im Nigerdelta die Lebensgrundlage: Die Gewässer und die Böden sind durch das austretende Öl verseucht. Fische sterben, Laichgründe werden zerstört, und das Land wurde für den Ackerbau – auf Jahrzehnte hinaus – unnutzbar.

Menschen müssen weite Wege bis zu den Fischgründen zurücklegen. Frauen gehen stundenlang, wenn sie sich aufmachen,

Strandmuscheln zu sammeln. Die Menschen im Nigerdelta trinken, kochen und waschen mit verschmutztem Wasser. Sie essen Fisch, der mit Erdöl und anderen Giften kontaminiert ist. Sie atmen von Erdöl und Gas verseuchte Luft, sie leiden unter Atemproblemen, Hautverletzungen und weiteren gesundheitlichen Problemen. Sie sorgen sich besonders um die Gesundheit der Kinder.

EXISTENZGRUNDLAGE ZERSTÖRT. Der erhoffte Wohlstand durch die Erdölförderung ist für die lokale Bevölkerung nicht eingetreten – im Gegenteil. Ihre Existenzgrundlage wurde zerstört. Den Menschen vor Ort werden Informationen über die Ölprojekte verwehrt; Gerichtsverfahren, in denen sie ihr Recht einfordern wollen, werden verzögert. Frauen sind in Verhandlungen über Reparationszahlungen überhaupt nicht eingebunden. Lokale AktivistInnen erfahren Repression; die Ölfirmen fordern staatliche Sicherheitskräfte an, um Protest gewaltsam niederzuschlagen.

Zwei Berichte von Amnesty International aus 2009 und 2011 belegen, dass die Ölindustrie für die weitverbreitete Umweltverschmutzung und die damit zusammenhängenden Menschenrechtsverletzungen im Nigerdelta verantwortlich ist.

Darüber hinaus bestätigte ein Bericht des UNO-Umweltprogramms UNEP vom Sommer 2011, dass sich die Geschäftstätigkeiten des Ölkonzerns Shell verheerend auf die Menschenrechtssituation der Menschen im Ogoniland auswirkte.

SHELL MUSS AUFRÄUMEN UND ZAHLEN. Amnesty International fordert von den im Nigerdelta agierenden Ölfirmen eine umfassende Säuberung des verschmutzten Gebietes und von der nigerianischen Regierung eine strengere Regulierung der Ölindustrie.

Der Ölkonzern Shell wird von Amnesty International aufgefordert, sich zur Zahlung von einer Milliarde US-Dollar zu verpflichten – als Startkapital für die Reinigung des Nigerdeltas.



**MEHR INFORMATION UND
ONLINE-APPELL AUF
<http://nigerdelta.amnesty.at>**

SYRIEN

MEHR ALS 200 FRAUEN KAMEN BEI DEN UNRUHEN UM**VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT SIND SEIT LANGEM AN DER TAGESORDNUNG. WO BLEIBT FIRST LADY ASMA AL-ASSAD, DIE SICH GERN ALS SCHÜTZERIN DER FRAUEN- UND KINDERRECHTE DARSTELLT?**

Seit Jahrzehnten verletzen Syriens Sicherheitskräfte ungestraft die Menschenrechte. Außergerichtliche Tötungen, „Verschwindenlassen“ und Folter von Menschen, die von der staatlich anerkannten Meinung abweichen, stehen auf der Tagesordnung.

Seit die Regierung alle Forderungen nach Reformen und die Demonstrationen, die das Land seit mehr als zehn Monaten bewegen, brutal niederschlägt, haben die Menschenrechtsverletzungen drastisch zugenommen. Amnesty International erhielt mehr als 5.000 Namen von Opfern, darunter mehr als 200 Frauen und Mädchen, die seit dem Beginn der Unruhen im März 2011 gewaltsam ums Leben gekommen sind.

Die überwiegende Mehrheit wurde, laut Berichten, von staatlichen Sicherheitskräften und Militäreinheiten während Protestaktionen in Wohngebieten getötet. Tausende wurden verhaftet, viele von ihnen in Internierungslagern ohne Kontakt zur Außenwelt angehalten. Diese Lager werden von Geheimdiensten geführt, die niemandem Rechenschaft schulden. Viele sind praktisch „verschwunden“, da die Behörden die Festnahmen nicht zugeben. Ihre Familien erfuhren nie ihren Aufenthaltsort. Freigelassene berichten von Folter und anderen Misshandlungen, die in diesen Lagern offensichtlich weit verbreitet sind.

Amnesty International ist der Auffassung, dass diese Verbrechen der staatlichen Organe zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zählen sind: weit verbreitet, systematisch und organisiert durchgeführt, richten sie sich gegen die Zivilbevölkerung und fordern zahlreiche Opfer.

Obwohl Frauen während der Ereignisse wenig wahrgenommen wurden, spielt dennoch eine beachtliche Zahl von Aktivistinnen eine wichtige Rolle in der Planung und Durchführung der Proteste, wie vor allem in den sozialen Netzwerken im Internet zu beobachten ist.

Menschenrechtsverteidigerinnen standen an vorderster Front, um Missbrauch aufzuzeigen. Oftmals bezahlten sie ihren Mut mit willkürli-

chen Verhaftungen und Folter.

Die Aktivistin Razan Zeitouneh berichtet beispielsweise auf ihrer Website von Gräueltaten, die von staatlicher Seite durchgeführt wurden, darunter Kidnapping, Verhaftungen, Folter und Tötung von friedlichen DemonstrantInnen. Ihre Informationen stellten einige der wenigen Quellen für die internationale Berichterstattung dar, die die Brutalität des Al-Assad-Regimes gegen das syrische Volk belegen.

Viele Aktivistinnen sind nunmehr untergetaucht oder geflohen, dokumentieren aber weiterhin die Gewalttaten des Regimes für die internationale Gemeinschaft.

WERDEN SIE AKTIV!

Setzen Sie die First Lady Asma Al-Assad unter Druck! Sie kann großen Einfluss ausüben, um den syrischen Aktivistinnen ihr Recht zur freien Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu gewähren.

Als die in Großbritannien geborene Asma den syrischen Präsidenten 2000 heiratete, kam die Hoffnung auf, dass diese Verbindung zu einem neuen, fortschrittlichen, die Menschenrechte achtenden Syrien führen würde.

Zwölf Jahre später ist klar, dass dieses neue Syrien weiter denn je von der Realität entfernt ist.

In ihrer Rolle als First Lady hat sich Asma al-Assad selbst oft als Verfechterin der Frauen- und Kinderrechte dargestellt. So hat sie z. B. 2007 eine Frauenfriedensfahrt gesponsert, um die Frauenrechte zu fördern. 2011, kurz vor Ausbruch der Proteste, wurde sie von der „Vogue“ als „Rose in der Wüste“ bezeichnet, während die katastrophale Menschenrechtssituation unerwähnt blieb. Seit dem Ausbruch der blutig niedergeschlagenen Unruhen hat sie sich nie zum brutalen Vorgehen der Sicherheitskräfte geäußert. Jedoch trat sie gemeinsam mit ihrem Mann bei einer regierungsfreundlichen Kundgebung auf, in der der Präsident ausländische konspirative Kräfte für die Destabilisierung des Landes verantwortlich machte.

**HELFEN SIE MIT!
BITTE SCHICKEN SIE DAS
FAX AN DIE FIRST LADY VON
SYRIEN AB.
SIE KÖNNEN AUCH EIN
E-MAIL SCHREIBEN:
OFL@MOPA.GOV.SY**



ES IST AN DER ZEIT, ASMA AL-ASSAD DARAN ZU ERINNERN, DASS DIE MENSCHEN- UND FRAUENRECHTE UNIVERSELL SIND UND VON SYRIEN GEACHTET WERDEN MÜSSEN.

© presidentassad.net

*Falls die E-Mailadresse nicht funktioniert, schreiben Sie bitte an die syrische Botschaft in Österreich:
vienna_embassy@syrianembassy.jet2web.at
Sie können das Fax auch per Post an das NW Frauenrechte schicken. Wir leiten es weiter.*

TÄTIGKEITSBERICHT 2011

DANKE FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!

LIEBE SPENDERIN! LIEBER SPENDER! LIEBE UNTERSTÜTZERINNEN!



AMNESTY-AKTIVISTINNEN MIT DEM GEDENKSTEIN IM WIENER DONAUPARK FÜR DIE MENSCHEN/FRAUENRECHTE IM IRAN, MÄRZ



MAKABRES WÜRFELSPIEL: DREITÄGIGE AKTION GEGEN MÜTTERSTERBLICHKEIT, MAI



100 STUNDEN HINTER GITTERN: ÖFFENTLICHE „SOLIDARITÄTSHAFT“ MIT GEWISSENSGEFANGENEN IM IRAN, SEPTEMBER

Sie haben uns im vergangenen Jahr mit Ihrer Spende geholfen und unterstützt. Sie haben unsere Appellbriefe verschickt, unsere Petitionen unterschrieben. Dafür danken wir Ihnen von Herzen. Sie machen unsere Arbeit für die Rechte der Frauen und Mädchen in aller Welt und ihren Schutz erst möglich. Viele von Ihnen unterstützen uns schon seit vielen Jahren. Dass Ihr Einsatz nicht vergebens ist, beweisen die regelmäßigen Erfolgsmeldungen.

Wie jedes Jahr wollen wir mit dem Tätigkeitsbericht Rechenschaft legen und über die Aktivitäten des Netzwerks Frauenrechte im Jahr 2011 informieren, damit Sie einen Einblick in die Verwendung Ihres Förderbeitrages erhalten.

Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte besteht zur Zeit aus einer Gruppe von etwa 15 Frauen und zwei Männern aus den unterschiedlichsten Berufen, von Anfang 20 bis über 60 Jahren. Wir arbeiten alle ehrenamtlich, also unbezahlt, mit großem Engagement und Teamgeist.

UNSERE ARBEIT. Um die Aufgaben abzusprechen und zu organisieren, treffen wir uns alle zwei bis drei Wochen abends. Fünf Mal im Jahr verschickten wir unsere Zeitschrift AKTIVISTIN an ca. 1.400 AdressatInnen per Post, einmal monatlich versenden wir Appellfälle sowie Länder- und Themenberichte bzw. Einladungen zu Veranstaltungen per E-Mail. Laufend halten wir unsere Website sowie unseren Facebook-Auftritt aktuell. Wir erstellen Unterlagen (z.B. Flugblätter, Übersetzungen und Zusammenfassungen englischer Berichte und Urgent Actions), halten Vorträge und organisieren Diskussions- und Filmabende zu frauenrechtsrelevanten Themen und beteiligen uns an vielen Aktionen der Region Wien/NÖ,

eines Zusammenschlusses aller Gruppen in der Region. Gruppenmitglieder nehmen an Regionaltreffen, Mitgliederversammlung, Amnesty-internen Arbeitsgruppen, an der AI-Herbsttagung, an Seminaren der Amnesty-Academy teil. Wir sind im internationalen Frauennetzwerk von Amnesty vertreten und kooperieren mit österreichischen Themen- und Länder-Netzwerken sowie mit der deutschen Amnesty-Frauenrechtsgruppe.

Höhepunkte unserer Aktionen waren im Vorjahr sicher die Baumpflanzaktion für die Menschen/Frauenrechte im Iran, zu der wir die iranische Frauenrechtsaktivistin Mansoureh Shojaee einluden, die mehrtägige Mutternachtsaktion gegen Müttersterblichkeit und die fünftägige öffentliche „Inhaftierung“ eines Gruppenmitglieds als Solidaritätsbekundung für Gewissensgefangene, besonders Frauenrechtsaktivistinnen im Iran. Neuland war für uns die Gestaltung eines Video-Clips über Frauenrechte im Iran und in Tunesien, den wir gemeinsam mit der Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen für „dieStandard“ erstellten.

Eine genaue Auflistung unserer Aktivitäten finden Sie auf den folgenden Seiten. Unsere Arbeit verteilen wir je nach Fähigkeiten, Interessen und vorhandener Zeit unter den einzelnen Gruppenmitgliedern.

DIE FINANZEN. Kosten fallen vor allem für die Organisation von Veranstaltungen, den Versand der AKTIVISTIN und das Porto für viele, viele Appellbriefe an. Da wir mit Ihren Spenden äußerst sparsam umgehen und durch die eigenen Arbeitsleistungen die Ausgaben so gering wie möglich halten, konnten wir auch 2011 wieder humanitäre Frauenprojekte unterstützen.

Ihr Amnesty-Netzwerk Frauenrechte

**AKTIVITÄTEN 2011 ++ AKTIVITÄTEN 2011 ++ AKTIVITÄTEN 2011****AKTIONEN, VERANSTALTUNGEN, INFOTISCHE,...**

14.1. Teilnahme an der Solidaritätskundgebung gegen das neue ungarische Mediengesetz

26.1. Infotisch bei EJF Tour 2011 im Rathaus (Jahr der Freiwilligenarbeit)

12.2. Teilnahme an der Aktion Lebkuchenherzen zum Valentinstag des NW LGBT-Rechte in Krems

14.2. Organisation der Aktion Blumen für die Menschenrechte im Iran vor der iranischen Botschaft

16.2. Schulvortrag über AI und CEDAW an der HLW3, Erdbergstrasse 70, 1030 Wien

26.2. Redebeitrag & Infotisch beim Film „My Tehran for Sale“

8. 3. Teilnahme an der Frauen-Demo / am Flashmob der Wiener Frauenhäuser / Infotisch bei der Lesung „Dem Wort die Freiheit“ in der Hauptbücherei

13.3. Drei Bäume für die Freiheit: Baumpflanzung und Gedenksteinlegung für die Menschen/Frauenrechte im Iran im Donaupark

17.3. Überleben und feiern: Gesprächsrunde mit Sonia Pierre (Dominikanische Republik)

18.3. Mitbetreuung des Infotisches bei der WIDE-Veranstaltung Internationale Frauenrechte: ¿Cómo, cuándo y dónde?

19.3. Teilnahme an der großen 100-Jahr Demo zum internationalen Frauentag

20.3. Mitbetreuung eines Infotisches bei der Vernissage zur Fotoausstellung zum Frauenwohnprojekt [ro*sa]

25.3. Teilnahme an der Aktion gegen die Todesstrafe der Gruppe Amstetten und der Region NÖ/Wien in Amstetten

25.3. – 27.3. Teilnahme an der Amnesty Mitgliederversammlung

22. – 26.3. Mitbetreuung des Infotisches beim IV. Mittelamerikanischen Filmfestival

7.4. Mitbetreuung des Infotisches beim 3. Cine Latino Festival im Filmcasino

17.4. Teilnahme am Staffelmarchon „Menschenrechte in Bewegung“

27.4. Teilnahme an der Demo „Das ist nicht unser Gesetz“ gegen das Fremdenrecht

1.5. Teilnahme an der Aktion der Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen beim Aufmarsch zum 1. Mai

4. – 6. 5. „Makabres Glücksspiel“ - eine Aktion zur Mutternacht gegen Müttersterblichkeit

16. 5. Infotisch bei Lesung von Sefi Atta in der Hauptbücherei

21.5. Teilnahme an der Aktion „Prost auf die Freiheit“ anlässlich 50 Jahre Amnesty

29.5. Teilnahme an der Aktion „Stricken wir der Welt einen Schutzschild gegen Menschenrechtsverletzungen“

1.6. Schulvortrag im Sir-Karl-Popper-Gymnasium

10.6. Als Kooperationspartnerin des Films „Hana, dul, sed“

Unterschriftensammeln & Infomaterialverteilen im Stadtkino
29.7. – 15.8. Mitbetreuung des Infotelts bei den Afrika Tagen Wien 2011/Donauinsel

25.6. Aktion „Solidarität mit iranischen Gewissensgefangenen“ im Donaupark

6.8. Teilnahme an der Aktion Aktion: „Das Boot ist leer“ der Plattform 20000Frauen

21. 8. Anfeuern der Ruderteams bei Row4Rights: Rudern für die Menschenrechte in Pöchlarn und Dürnstein

24. 8. Teilnahme an einer Podiumsdiskussion über Gewalt gegen Frauen beim AfriCult Festival

1.9. Teilnahme an einer Diskussion mit Lily Pourzand, iranische Frauenrechtsaktivistin

3./4.9. Mitbetreuung des Infotelts beim Volksstimmefest 2011

16.9. Teilnahme an der Kundgebung von Asyl in Not „Nein zur Festung Europa! Für ein Europa der Menschenrechte und der Demokratie!“

19. –23. 9. Hinter Gittern: 100 Stunden Solidarität mit hundert iranischen Gewissensgefangenen

26.9. Mitbetreuung des Infotisches der AG für verfolgte GewerkschafterInnen beim 1. Gewerkschaftstag der GdG-KMSfB im Austria Center

8.10. Teilnahme an der Aktion gegen die Todesstrafe in Belarus in Neunkirchen

30.10. Teilnahme beim Rosenverteilen nach dem Benefizkonzert der Wiener Philharmoniker zum 50. Geburtstag von Amnesty International

3.- 5.11. Teilnahme an der AI-Herbsttagung zu „Wirtschaften mit Verantwortung“

4.11. Mitbetreuung des Infostands bei den Kritischen Literaturtagen 2011

8.11.+13.11. Infostand bei einer Veranstaltungsreihe gegen die Todesstrafe von ACUNS

25.11. Teilnahme an der FrauenLesben-Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen / Redebeitrag und Infotisch bei der Lesung „Auf den Flügeln der Erinnerung“ in der Hauptbücherei

30.11. Infostand bei der Eröffnung des Filmfestivals „This Human World“

1.12. Teilnahme am Videoprojekt „Klappe auf“ für dieStandard.at mit dem Beitrag „Nach dem arabischen Frühling“ und der Präsentation von „Klappe Auf - Vamos Mujer!“

7.12. Teilnahme an der Aktion „Shine a Light“ auf dem Michaeler Platz / Mitbetreuung des Infotisches bei CMT-Betriebsratsweihnachtsfeier

10.12. Teilnahme am Briefmarathon im Weltcafe

16.12. Redebeitrag und Infotisch bei einer Präsentation von Radio Orange und Frauensolidarität

Wiederholt: Teilnahme an den Samstagskundgebungen der „Solidarität mit den Trauernden Müttern im Iran“

TÄTIGKEITSBERICHT 2011

BERICHTE / THEMEN / APPELLE

NICARAGUA: Die Stimmen der Opfer hören / Solidarität mit den Überlebenden sexueller Gewalt in Nicaragua / Weltweite Solidaritätsaktion mit Frauen-NGOs

BOSNIEN UND HERZEGOWINA: Gerechtigkeit für vergewaltigte Frauen

INDONESIEN: Hürden für die reproduktive Gesundheit

ÖSTERREICH: Amnesty fordert Selbstkritik

SIMBABWE: Wenig Chance auf Überleben - Kindersterblichkeit in der Siedlung Hopley / Menschliche Überreste in Massengrab müssen von forensischen ExpertInnen exhumiert werden

IRAN: Steinigung als Strafe für Ehebruch / Hinrichtungen stoppen! / Freiheit für die Frauenrechtsaktivistinnen! / Prügelstrafe beenden! / Frauen fordern Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt / Säureopfer verzichtet auf Vergeltung

ARMENIEN: Die Maßnahmen gegen häusliche Gewalt reichen bei weitem nicht aus

SWASILAND: Zu wenig, zu spät: die Gesetzgebung lässt Frauen im Stich

HAITI: Sexuelle Gewalt als Nachbeben

ÄGYPTEN: Lässt die Revolution die Frauen im Stich? / Frauen fordern gleichberechtigte Mitsprache im neuen Ägypten / Die Opfer der Gewalt verdienen Gerechtigkeit / „Jungfräulichkeitstests“ müssen untersucht werden

TÜRKEI: weder Krankheit noch Verbrechen – Diskriminierung von LGBT-Personen

MAZEDONIEN: Romafrauen in einer ausweglosen Falle

NORDKOREA: Amnesty deckt die Existenz geheimer Gefangenenlager auf

NORDAFRIKA: die Europäische Union muss den Flüchtlingen helfen

KENIA: Flüchtlinge aus Somalia in Gefahr

SIERRA LEONE: Müttersterblichkeit beenden!

PERU: gute medizinische Versorgung für indigene und arme Frauen notwendig

USA: Wirksame Maßnahmen gegen Müttersterblichkeit nötig

BURKINA FASO: finanzielle und personelle Ressourcen für Müttergesundheit erforderlich

AFGHANISTAN: Frauenrechte nicht wegverhandeln!

KOLUMBIEN: Opfer sexueller Gewalt werden im Stich gelassen

MENSCHEN IN GEFAHR, URGENT ACTIONS

MEXIKO: Schikanen gegen Anwältin / Indigene Frauen verbuchen ersten Sieg im Verfahren wegen Vergewaltigung / Migrantin aus Honduras getötet

SIMBABWE: WOZA-Führungsmitgliedern droht Festnahme

KOLUMBIEN: Ingrid Vergara erhält Morddrohungen

GUATEMALA: Frauenrechtlerin Norma Cruz erhält Morddrohungen

LIBYEN: Mutmaßliches Vergewaltigungsopfer frei

DOMINIKANISCHE REPUBLIK: MUDHA-Leiterin wird seit Jahren bedroht / Hetzkampagne gegen Sonia Pierre / Sonia Pierre ist tot

IRAN: Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh verhaftet/ Anwältin Nasrin Sotoudeh zu langer Haft verurteilt / Freiheit für Bahareh Hedayat! / Menschenrechtsverteidigerin Mansoureh Behkish verhaftet / Freiheit für Maryam Bahreman / Frauenrechtsaktivistin Faranak Faridin in der Haft misshandelt / Freiheit für Kouhyar Goudarzi und seine Mutter/ Freiheit für Mohammad Sadiq Kabudvand / Zwei Jugendlichen droht die sofortige Todesstrafe

SENEGAL: Khady Bassène fordert Aufklärung über die Entführung ihres Mannes

BAHRAIN: GewerkschafterInnen wegen Streik verhaftet / Frauen und Mädchen inhaftiert

KUBA: Polizeischikanen gegen Frauen der Organisation Damas de Blanco

CHINA: Gerechtigkeit für Mao Heng Feng

RUSSLAND: Gerechtigkeit für Natalia Estemirova

TUNESIEN: Menschenrechtsagenda für den Wandel

Zahlreiche weitere Urgent Actions, Petitionen, Solidaritätsgrüße innerhalb der Gruppe

Zahlreiche weitere Urgent Actions, Petitionen, Solidaritätsgrüße innerhalb der Gruppe

Zahlreiche weitere Urgent Actions, Petitionen, Solidaritätsgrüße innerhalb der Gruppe

Zahlreiche weitere Urgent Actions, Petitionen, Solidaritätsgrüße innerhalb der Gruppe

Zahlreiche weitere Urgent Actions, Petitionen, Solidaritätsgrüße innerhalb der Gruppe

Zahlreiche weitere Urgent Actions, Petitionen, Solidaritätsgrüße innerhalb der Gruppe

MENSCHENRECHTSBILDUNG & INFORMATION

TÄTIGKEITSBERICHT 2010 - Danke für ihre Unterstützung! FrauenFilmTage 2011

IRAN: Frauenrechtsaktivistin Mansoureh Shojaee musste ins Exil

MUTTERNACHT – Müttersterblichkeit beenden

SONIA PIERRE: Haiti kann ohne die Frauen nicht aufgebaut werden

IRAN / ÖSTERREICH: bleibende Zeichen der Hoffnung - drei Bäume für die Menschenrechte im Iran

LILY POURZAND - Zeitzeugin von brutaler Unterdrückung und leiser Hoffnung

AMNESTY wird 50

NORD KOREA: Von Heldinnen und Blumen

ILO-KONVENTION: Meilenstein für die Rechte von Hausangestellten

AKTIONSBERICHT: Hinter Gittern – Solidarität mit Gewissensgefangenen im Iran

PAKISTAN: Haus der Zuflucht für Frauen

FRIEDENSNOBELPREIS 2011 würdigt den Einsatz für Frauenrechte

Internationale Abkommen zu Frauenrechten

VEREINTE NATIONEN: Klare Worte für das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit

TUNESIEN: Für den Kampf sind wir selber verantwortlich:

Interview mit der tunesischen Anwältin Radhia Nasraoui diverse Erfolgsmeldungen

Ing Kantha Phavi
Minister of Women's Affairs
Ministry of Women's Affairs
#3 Blvd. Norodom
Khan Daun Penh
Phnom Penh
Kambodscha

Your Excellency,

Tens of thousands of people are caught in the grip of forced evictions across Cambodia. Forced evictions often have specific impacts on women. Therefore I urge you to:

- End the practice of forced evictions.
- Suspend all mass evictions until a clear prohibition on forced eviction is adopted and enforced under national law.
- Develop procedures for women to have equal involvement in the consultation process and in household decisions about choosing compensation, resettlement and/or other forms of support.
- Give special attention to the particular physical and mental health needs of women during and following resettlement. Guarantee their access to health services.
- All resettlement sites must comply with criteria for adequate housing under international law. Ensure that location of the site facilitates access for women to jobs.

Kind regards,

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Zehntausende Menschen sind in Kambodscha von rechtswidriger Zwangsräumung bedroht. Für die meisten Betroffenen sind die Entschädigungen oder das angebotene Ersatzgrundstück in der Regel nicht genug um anderswo einen angemessenen Wohnraum oder Lebensunterhalt zu finden. Die Umsiedlungsstätten entsprechen häufig nicht den Anforderungen internationaler Standards. Menschen werden oft gewaltsam und ohne rechtlichen Schutz vertrieben. Versuchen sie ihre Rechte einzufordern, werden sie häufig drangsaliert, bedroht oder gar verhaftet.

Frauen sind von den illegalen Zwangsräumungen besonders betroffen, da die Familie häufig ihre Lebensgrundlage verliert. Soziale Netzwerke auf die vor allem Frauen in ihrem Alltag angewiesen sind, brechen zusammen. Der Zugang zum Gesundheitssystem wird erschwert, das physische und mentale Wohlbefinden der Familie beeinträchtigt. In den Umsiedlungsstätten gibt es vor allem für Frauen kaum Arbeitsmöglichkeiten, die Männer sind gezwungen, getrennt von ihren Familien zu leben, um Geld zu verdienen. Die Frauen müssen sich alleine um den Alltag und die Familie kümmern.

Daher fordere ich sie auf,

- die Praxis der rechtswidrigen Zwangsräumungen zu beenden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.
- Richtlinien zu entwickeln, damit Frauen gleichberechtigt bei der Entscheidung über Kompensation, Umsiedlung und/oder andere Formen der Unterstützung teilhaben.
- während und nach der Umsiedlung die physischen und mentalen gesundheitsbezogenen Bedürfnisse von Frauen besonders zu beobachten und den Zugang zu Gesundheitseinrichtungen zu gewährleisten.
- darauf zu achten, dass die Umsiedlungsgebiete die Kriterien für angemessene Unterkünfte nach internationalem Recht erfüllen und es geeignete Arbeitsmöglichkeiten für Frauen gibt.

Hochachtungsvoll,

Hon Giles Mutsekwa
Minister of National Housing and Social Amenities
Ministry of National Housing and Social Amenities
Private Bag 7780
Harare
SIMBABWE

Dear Minister,

I am writing this letter to express my concern that thousands of children resettled in Hatcliffe Extension, Hopley and other Garikai settlements are being denied their right to school education. The majority of residents in both communities and other Garikai settlements are victims of the mass forced evictions in 2005, known as Operation Murambatsvina, which directly affected more than 700 000 people.

Around 2000 children from Hopley community are attending unregistered schools set up by the community. But these non-registered schools do not receive government support and the quality of education is very poor because there is a shortage of trained teachers, furniture, stationary, text-books and shelter.

The government of Zimbabwe has international human rights obligations to ensure free and compulsory primary education for all children in Zimbabwe and freedom from discrimination in access to education.

Therefore I am urging you to take steps to:

- Immediately commission an independent study into the long term impact of Operation Murambatsvina on the right to education;
- Immediately adopt and implement a national developmental education strategy which ensures that as a priority, all children access free, compulsory primary education;
- Immediately ensure that the right of access to public educational institutions and programmes on a non-discriminatory basis and in particular ensure that children without birth certificates are not denied access to BEAM assistance;
- Take steps to support people's self-help initiatives to provide education, including facilitating the work of non-government organisations involved in education, and ensuring that legal and technical barriers faced by the poor are minimised.

Sincerely,

Sehr geehrter Minister!

Ich bin besorgt, dass Tausende von Kindern, die im Zuge der Operation Garikai nach den Massenzwangsräumungen im Jahr 2005 in Hatcliffe Extension und Hopley wieder angesiedelt worden sind, keinen adäquaten Zugang zu Schulbildung haben, weil die Regierung keine kostenfreie Grundschulbildung sicherstellt.

Viele Kinder, die in diesen Gemeinschaften leben, besuchen provisorische Gemeindeschulen, weil sie die Schulgebühren nicht bezahlen können, die von registrierten staatlichen Schulen in den Nachbargemeinden gefordert werden. Die nicht-registrierten Schulen, die von den Gemeinden betrieben werden, erhalten keinerlei staatliche Unterstützung. Die Qualität der Schulbildung ist in diesen Schulen sehr schlecht.

Ich fordere Sie auf:

- Schritte zu unternehmen, um die Selbsthilfe- Initiativen der Gemeinden für eine Schulbildung zu unterstützen;
- Sicherzustellen, dass die Kinder in Hopley, Hatcliffe Extension und anderen Garikai-Siedlungen freien und verpflichtenden Zugang zu Grundschulbildung haben;
- Unverzüglich eine unabhängige Studie in Auftrag zu geben, um die Auswirkungen der Massenzwangsräumungen auf das Recht auf Bildung zu untersuchen.

Hochachtungsvoll,

Head of the Judiciary
Ayatollah Sadegh Larijani
[c/o] Public Relations Office
Number 4, 2 Azizi Street
Vali Asr Ave.
above Pasteur Street intersection
Tehran
IRAN

Your Excellency,

I am deeply concerned about human rights lawyer Nasrin Sotoudeh, a mother of two young children. She is serving a six-year sentence, simply for her peaceful work as a lawyer. She is a prisoner of conscience.

Nasrin Sotoudeh has been held in Evin Prison in Tehran since her arrest on 4 September 2010, including a lengthy period in solitary confinement. Her health has also been weakened by hunger strikes held in protest against her arrest and detention conditions.

I urge you to immediately and unconditionally release Nasrin Sotoudeh, on the grounds that she has been imprisoned solely for peacefully exercising her rights to freedom of expression and association in the course of her work.

Respectfully,

Exzellenz,

Ich bin zu tiefst besorgt über das Schicksal der Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh, einer Mutter zweier kleiner Kinder. Sie verbüßt derzeit eine sechsjährige Haftstrafe, obwohl sie lediglich ihre Arbeit als Anwältin getan hat. Sie ist als Gewissensgefangene zu betrachten.

Seit ihrer Verhaftung am 4. September 2010 wird Nasrin Sotoudeh im Evin Gefängnis in Teheran festgehalten, wobei sie sich über einen längeren Zeitraum in Einzelhaft befand. Ihre Gesundheit ist durch Hungerstreiks, die sie aus Protest gegen ihre Festnahme und die schlechten Haftbedingungen durchführte, stark geschwächt.

Ich fordere Sie auf, Nasrin Sotoudeh sofort und bedingungslos freizulassen, da sie nur verhaftet wurde, weil sie ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Rahmen Ihrer Arbeit wahrgenommen hat.

Hochachtungsvoll

Asma al-Assad
First Lady of the Syrian Arab Republic
Syria

Fax. +963 11 334 5801

Your Excellency,

I am writing to you, as the First Lady of Syria, to express my solidarity and deep sympathy with the Syrian women human rights defenders and to urge you to do all within your power to ensure that Syrian women human rights defenders are able to exercise their rights to freedom of expression, assembly and association without risk of intimidation, arbitrary arrest and prosecution.

Amnesty International's research has concluded that Syrian women human rights defenders who have been at the forefront of exposing human rights abuses within the context of the unrest in Syria have paid the price for their actions, including arbitrary detention and torture and other ill-treatment. As a result, today many women activists are effectively in hiding, while others have fled the country.

I appeal to you, as a long standing women's rights activist on the international stage, to show leadership and to use your influence to bring an end to the ongoing violence and human rights violations committed against Syrian women rights activists and to ensure accountability and redress for these women.

Yours sincerely,

Exzellenz,

Ich schreibe an Sie, die Gattin des syrischen Staatsoberhauptes, um meine tiefe Solidarität und Sympathie mit den syrischen Menschen- und Frauenrechtsverteidigerinnen auszudrücken.

Ich möchte Sie bitten, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, dass syrische Menschen- und Frauenrechtsverteidigerinnen ihr Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wahrnehmen können, ohne Angst vor Einschüchterung, willkürlicher Verhaftung und Verfolgung haben zu müssen.

Recherchen von Amnesty International haben ergeben, dass syrische Menschen- und Frauenrechtsverteidigerinnen, die an vorderster Front gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den syrischen Unruhen kämpften, einen hohen Preis für ihre Aktionen zahlen mussten - in Form von willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlungen. Deshalb leben heute viele Frauenrechtsaktivistinnen im Untergrund oder haben das Land verlassen.

Ich appelliere an Sie, als langjährige Frauenrechtsaktivistin auf der internationalen Bühne, Ihre Führungsrolle und Ihren Einfluss geltend zu machen, um die andauernde Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen gegen syrische Frauenrechtsaktivistinnen zu beenden und den betroffenen Frauen zu ihrem Recht und zu Wiedergutmachung zu verhelfen.

Hochachtungsvoll,

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

NACHRUF AUF SONIA PIERRE (1963-2011)**DIE UNERSCHROCKENE, BEHARRLICHE MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERIN, GRÜNDERIN UND LEITERIN DER FRAUENHILFSORGANISATION MUDHA, SONIA PIERRE, VERSTARB UNERWARTET AM 4. DEZEMBER 2011.**

SONIA PIERRE BEI EINER KONFERENZ IN WIEN, 2004
© osaka.at

Die Gründerin der Organisation MUDHA (Movimiento de Mujeres Dominicano-Haitiana) ist einem Herzinfarkt erlegen. Sonia Pierre, 1963 in der Dominikanischen Republik geborene Gründerin und Leiterin von MUDHA, setzte sich über 20 Jahren für die Rechte von Frauen und Kindern haitianischer Herkunft in der Dominikanischen Republik ein. Sie wuchs, wie so viele ihrer Landsleute, unter menschenunwürdigen Bedingungen in den dominikanischen Zuckerrohrplantagen auf. Schon als Jugendliche mit 13 Jahren engagierte sie sich gewerkschaftlich für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen und landete deshalb im Gefängnis. Mit ihrer Organisation MUDHA setzte sie sich unermüdlich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der dominikanisch-haitianischen Minderheit ein.

VIELFACH AUSGEZEICHNET. 2003 erhielt Sonia Pierre den Menschenrechtspreis von Amnesty International USA, 2010 wurde sie vom damaligen haitianischen Präsidenten Rene Preval mit dem Ritterorden für Verdienste für das haitianische Volk geehrt. In den USA wurde sie 2010 von Außenministerin Hillary Clinton und First Lady Michelle Obama mit dem „International Woman of Courage Award“ geehrt. Immer wieder prangerte sie die Rechtlosigkeit der dominiko-haitianischen Frauen und der haitianischen Migrantinnen an, ging wiederholt vor den Interamerikanischen Gerichtshof und verwies auf die Wichtigkeit internationaler Solidarität bei der Einforderung von staatlich vorenthaltenen Grundrechten. Nach dem verheerenden Erbeben in Haiti setzte sie sich auch für die Frauen in den Lagern ein, die völlig hilflos sexueller Gewalt ausgeliefert waren. Ein Schwerpunkt der Arbeit lag auf Gewaltprävention, um die Camps sicher zu machen. Es wurde versucht, elektrisches Licht zu bekommen, und Wohnhäuser für die Frauen zu bauen.

VON AMNESTY UNTERSTÜTZT. In Österreich ist Sonia Pierre keine Unbekannte. Sie wurde von mehreren Frauenorganisationen unterstützt und war mehrmals in Wien, zuletzt im März 2011, wo sie an der großen Frauen-Demo teilnahm und sich sehr über unsere Solidaritätstransparenze freute. Amnesty unterstützte die mutige Kämpferin für die Benachteiligten in der Dominikanischen Republik und in Haiti – sie wurde immer wieder bedroht, eingeschüchtert und verleumdet – seit Jahren mit Appellen an die Regierung, ihre Sicherheit zu garantieren. Erst im Herbst 2011 war die Menschenrechtsverteidigerin wieder Hetzkampagnen von Seiten dominikanischer Mainstreammedien und nationalistischer Kräfte ausgesetzt - weltweit fürchteten Frauen- und Menschenrechtsorganisationen um das Leben der Feministin. Amnesty International wird die wertvolle Arbeit von MUDHA weiter unterstützen.

**MÖCHTEN SIE
UNSERE INFORMATIONEN,
APPELLE, AKTIONS-
ANKÜNDIGUNGEN PER
E-MAIL ERHALTEN?**

Schreiben Sie bitte an
frauenrechte@amnesty.at
Oder melden Sie sich direkt auf
der Website an unter
„Mitmachen/Informiert sein“
<http://frauenrechte.amnesty.at/>

8. MÄRZ. INTERNATIONALER FRAUENTAG

FRAUENFILMTAGE 2012

vom 1. bis 8.3.2012



Das Festival bietet seit neun Jahren eine Plattform für Filmemacherinnen aus der ganzen Welt, die ihre Arbeiten einem filmbegeisterten Publikum in Österreich präsentieren wollen. Jährlich zum Internationalen Frauentag stehen eine Woche lang die Frauen vor und hinter der Kamera im Mittelpunkt. Gezeigt werden aktuelle und international prämierte Spielfilme und Dokumentationen mit einer großen Bandbreite an Themen: Gesellschafts- und frauenpolitische Fragen, fremde Kulturen, Kunst,...

PROGRAMM UND SPIELORTE: <http://www.frauenfilmtage.at/2012.html>

Das Amnesty Netzwerk Frauenrechte beteiligt sich mit dem Film „Sharayet“ an den FrauenFilmTagen.

SHARAYET – EINE LIEBE IN TEHERAN

In der Öffentlichkeit passen sich die beiden Jugendlichen Atafeh und Shirin den strengen Regeln des öffentlichen Lebens in Teheran an, doch im Untergrund treffen sie sich mit anderen Jugendlichen auf geheimen Partys. Bisher bildete auch Atafehs liberale Familie einen Schutz gegen die Moralpolizei und ihre rigiden Vorschriften. Doch als ihr Bruder Mehran nach einem Drogenentzug zurückkehrt und seinen Halt mehr und mehr im religiösen Fundamentalismus findet, wächst der Druck auf die gesamte Familie. Atafehs Lebensstil wird von Mehran stark kritisiert und bald merkt er, dass sie und Shirin mehr als nur gute Freundinnen sind ...

“Sharayet” gewann 2011 den Audience Award am Sundance Film Festival.

Maryam Keshavarz, Iran/USA/Frankreich 2011, 107 Min,

Dienstag, 6. März, 21.30 Filmhaus Kino, 1070 Wien, Spittelberggasse 3

WALK OF HOPE FÜR DIE FRAUEN IM NAHEN OSTEN

17. MÄRZ, 10.30 -12.30

MARIAHILFER STRASSE, WIEN

Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte wird gemeinsam mit Mitgliedern der Region Wien/NÖ am 17. März einen „Solidaritätspfad“ in vier Stationen für die Frauenrechtsaktivistinnen der arabischen Ländern errichten (zwischen Neubaugasse und Museumsquartier). An den Stationen können Interessierte sich informieren und Petitionen unterschreiben. Bei den UnterzeichnerInnen aller vier Appelle bedanken wir uns mit einer Blume.

BITTE KOMMEN SIE HIN UND UNTERSTÜTZEN SIE DIE MUTIGEN KÄMPFERINNEN IM NAHEN OSTEN!

EQUALITY MATTERS II

im Rahmen des Weltfrauentages

Josefstadtschauspielerin **Daniela Golpashin** liest Gedichte, Erzählungen und Erfahrungsberichte verschiedener lesbischer Autorinnen, wie **Chrystos, Bettina Isabel Rocha, Annemarie Schwarzenbach u.a.**

Moderation: **Ulrike Lunacek**

Radiokulturhaus, ORF KulturCafe,
08.03.2012, 19:30 Uhr
Argentinierstraße 30a, 1040 Wien
Eintritt frei, Spenden erbeten



QUEERAMNESTY 

FRAUEN SOLIDARITÄT 

QUEER BUSINESS WOMEN www.queerbusinesswomen.at

Sponsored by:

DEMO FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT DER DR KONGO



Für eine andere Zukunft der von einem langjährigen militärischen Konflikt um Rohstoffe geschüttelten Demokratischen Republik Kongo und um ein Zeichen für Frieden und Menschenrechte zu setzen, demonstrierte am 15. Februar die kongolesische Diaspora in Wien. Ihr Protest richtete sich auch gegen die internationale Gemeinschaft, die die Ausplünderung der Ressourcen duldet und damit den Tod der Zivilbevölkerung, Vergewaltigungen und das Rekrutieren von KindersoldatInnen in Kauf nimmt. Trotz Sturm und Schneeregen zog die Kundgebung mit rhythmischen Gesängen unverdrossen vom Praterstern zum UN-Sitz. Mitglieder des Netzwerks Frauenrechte schlossen sich mit der Forderung nach einer Justizreform und Gerechtigkeit für die Opfer bewaffneter und sexueller Gewalt der Kundgebung an, verteilten Flyer und erläuterten in Interviews für Radio Orange und Radio Afrika die Forderungen von Amnesty International.

IN AKTION

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaberin (Verlegerin): Amnesty International Österreich, eingetragener Verein, 1150 Wien, Moeringg. 10/1, Tel: 01-78008-0, Fax: 01-78008-44, Vorstand: Anton Lorenz (Vorstandssprecher), Bernhard Morawetz, Günther Oberklammer, Werner Inmann, Theresia Kandler, Irene Planer, Georg Reiter, Linda Sepulveda, Katharina Weberhofer, Walter Witzersdorfer

Erklärung über die grundlegende Richtung: Die grundlegende Richtung der AKTIVISTIN ergibt sich aus der Satzung des Vereins, den Beschlüssen der Internationalen Ratstagung und des Internationalen Exekutivkomitees sowie aus den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vorstandes von Amnesty International Österreich

Impressum und Verlegerin, Eigenverlag: Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1150 Wien, Moeringgasse 10 Redaktion: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte, für den Inhalt verantwortlich: Theresia Kandler / Amnesty Info - Netzwerk Frauenrechte, Nr. 1, Februar 2012, GZ 02Z 031 256M, Verlagspostamt 1150 Wien, Aufgabepostamt 1072 Wien, P.b.b.